

Der Makrelenkrieg

CLAUS HECKING

Arthur Bogason hat eine Menge erlebt in vier Jahrzehnten im Fischereigeschäft. Aber so eine Invasion vor Islands Küsten wie diesen Sommer hat selbst ein alter Seebär wie er noch nie gesehen. „Sie sind überall, sogar im Hafen von Reykjavik“, erzählt der bärtige Mittfünfziger, Chef des Verbands der Eigentümer kleiner Fischerboote. „Du musst nur die Angel auswerfen, und schon hängt so ein Kerl am Haken.“ Dieser „Kerl“ ist die Makrele: ein fetter Speisefisch – und eigentlich die traditionelle Beute einer anderen Fischereination, der Schotten.

Ganze Viertel und Städte haben die Schotten rund um den Fang und die Verarbeitung der Makrele aufgebaut. Doch nun ist ihr Fisch umgezogen. Weil sich der Atlantik erwärmt, sind gewaltige Schwärme gen Norden gewandert, in die Fischgründe Islands. Das war der Beginn eines Streits zwischen Briten und Isländern, der derzeit eskaliert. Inzwischen dreht er sich nicht mehr nur um alte Rivalitäten und das Überleben einer Branche, sondern gefährdet gar Islands Kandidatur für eine EU-Mitgliedschaft.

Von einem „Makrelenkrieg“ ist die Rede, in Anlehnung an die drei „Kabeljaukriege“ in den 50er- und 70er-Jahren zwischen Island und Großbritannien. Damals hatte Island seine Fischgründe unilateral ausgeweitet. Die Briten ließen damals ihre Trawler von Kriegsschiffen der Royal Navy begleiten. Die isländischen Fischer reagierten darauf, indem sie die Fregatten mit ihren Fischkuttern rammten und britische Netze durchschnitten. Am Ende setzte sich Island durch – mit der Drohung, eine strategisch wichtige Nato-Basis zu schließen.

Wie der heutige Konflikt ausgeht, ist offen. Sicher ist eins: Angefangen haben erneut die Isländer. Gemeinsam mit den Färøern sind sie ausgeschert aus dem Fischereiabkommen mit Großbritannien und Norwegen, eigenmächtig und radikal haben sie ihre eigene Fangquote für die Makrele von 2000 Tonnen auf 130 000 Tonnen pro Jahr erhöht. 100 Mio. Euro soll das pro Jahr einbringen. Geld, das der fast bankrotte Staat mit seinen 320 000 Einwohnern gut gebrauchen kann.

Doch die Schotten wollen nicht die Zeche zahlen. Sie fürchten, dass die Quotenerhöhung zunächst die Preise einbrechen lässt und mittelfristig auch die Makrelenbestände im Nordatlantik dezimiert. „Moderne Wikingerläufer“ seien diese Isländer, wütete kürzlich Struan Stevenson, ihr mächtiger Fischexperte im Europaparlament. „Was

Seit der Finanzkrise haben die Isländer wenig zu lachen: Banken gingen pleite, der Staatsbankrott konnte mit Mühe abgewendet werden. Weil die Insulaner nun ihren schottischen Nachbarn den Fisch streitig machen, gerät auch noch der angestrebte EU-Beitritt in Gefahr

hat uns dieses Land eigentlich gebracht? Eine vulkanische Aschewolke und finanzielle Probleme, weil es abgelehnt hat, seine Schulden an Großbritannien zurückzuzahlen.“ Wenig später schaltete sich dann auch Schottlands Ministerpräsident ein: Alex Salmond deutete an, Großbritannien könne alle Beitrittsgespräche zwischen Island und der EU blockieren.

Brüssel stellt sich auf seine Seite. „Es gibt keine Rechtfertigung für das eskalierende Niveau des isländischen Fischfangs“, schreibt Fischereikommissarin Maria Damanaki in einem Brief an EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle. Die Konfrontation drohe „die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Island negativ zu beeinflussen“. Isländische Fischer lassen sich davon nicht beeindrucken.

„Diese Frau Damanaki hat vom Fischfang so viel Ahnung wie meine zehnjährige Tochter“, tönt Lobbyist Bogason. „Und das ist eigentlich eine Beleidigung für meine Tochter.“

Die Regierung vermeidet eine Konfrontation mit den Fischern, denn die braucht sie gerade dringender denn je. Seit dem Bankencrash ist Fisch wieder die tragende Säule von Islands Wirtschaft. Die Traditionsbranche erwirtschaftet zwei Fünftel der gesamten Deviseneinnahmen. Was nicht bedeu-

tet, dass es ihr besonders gut ginge: Islands Beutefische Kabeljau und Hering werden immer seltener. Zudem drücken viele Fischer enorme Schulden, weil sie ihre Boote vor dem Bankencrash mit Krediten in Niedrigzinswährungen wie dem Schweizer Franken finanziert haben. Mit jeder Abwertung der heimischen Krone schnell nun aber ihre Schuldenlast empor.

„Wenn wir sie nicht fangen, macht die Makrele alles noch schlimmer“, sagt Lobbyist Bogason. „Sie frisst unseren Fischen das Futter weg. Und wenn ein Pferd meines Nachbarn mein Feld abfrisst, kann ich auch von ihm eine Entschädigung fordern.“

Die Schotten sehen das anders und gehen auf Konfrontation. Mitte August blockierten 50 Fischer den Hafen der schottischen Stadt Peterhead und hinderten ein Boot von den Färøern voller Makrelen daran, seinen Fang in einer Fischfabrik abzuladen.

Die Färinger mussten mit einem leeren Schiff in ihre Heimat zwischen Island und der Nordküste Schottlands zurückkehren. Weil der Fisch während der Fahrt darüber hinaus verdorben wäre, kippten sie die gesamten 1100 Tonnen über Bord. Und so hatte die erste Schlacht im großen Makrelenkrieg einen Überraschungssieger: die Mäwen.

„Das sind Moderne Wikingerläufer“

Struan Stevenson, EU-Parlamentarier, über Islands Fischer



FTB/lu; Quelle: Met Office

Ausreißer eingefangen: Die Makrele landet derzeit vor allem in isländischen Netzen. Den Fischern aus Schottland schmeckt das gar nicht



Elitesoldaten nahmen 50 Aufständische fest

Deutsche Elitesoldaten haben in Afghanistan in den vergangenen drei Jahren mehr als 50 Aufständische festgenommen und an die afghanischen Behörden übergeben. Die Spezialkräfte der Task Force 47 der Bundeswehr hätten bei den Operationen auch mehrfach Unterstützung aus der Luft bekommen, heißt es in einer Antwort des Verteidigungsstaatssekretärs Thomas Kossendey auf eine Parlamentarische Anfrage der Grünen. Deutsche Soldaten seien aber „weder an der Vorbereitung und Planung noch an der Durchführung“ von Tötungsaktionen der US-Spezialkräfte beteiligt gewesen. Die Eliteeinheit soll mit bis zu 120 Soldaten gegen Taliban-Kämpfer vorgehen, die auf einer Liste der internationalen Schutztruppe Isaf stehen. Gezielte Tötungen sind der Bundeswehr nicht erlaubt. DPA

Nigerias Präsident will bei Wahl kandidieren

Der nigerianische Übergangspräsident Goodluck Jonathan will bei der für Januar angesetzten Präsidentenwahl antreten. Jonathan kündigte dies gestern auf seiner Facebook-Seite an. Er hatte die Nachfolge des im Mai nach schwerer Krankheit gestorbenen Präsidenten Umaru Yar'Adua angetreten und bislang offen gelassen, ob er sich in Afrikas bevölkerungsreichstem Land zur Wahl stellt. Jonathan stammt aus dem südlichen Nigerdelta. Nach einer Übereinkunft in der regierenden Partei wechselt das Amt zwischen dem Süden und dem Norden. Yar'Adua war aus dem muslimischen Norden, seine Amtszeit aber nicht abgelaufen. DPA

OECD ermahnt Türkei zu Rückkehr auf Sparkurs

Regierung verschiebt Einführung der Schuldenbremse

VON MARINA ZAPF, BERLIN

Die Industrieländerorganisation OECD hat die türkische Regierung ermahnt, ihre Ausgaben für die Belebung der Wirtschaft zu zügeln. Auch liege es im Interesse der wirtschaftlichen Stabilität, die in der Krise auf Rekordniveau gesunkenen Zinsen vor Jahresende wieder anzuhängen, heißt es in dem gestern veröffentlichten OECD-Ausblick für das Schwellenland. „Da die Erholung an Schwung gewinnt, muss die Führung in der Türkei wie in anderen OECD-Ländern entscheiden, wann und wie schnell sie finanzielle und monetäre Wachstumsanreize zurückfährt.“

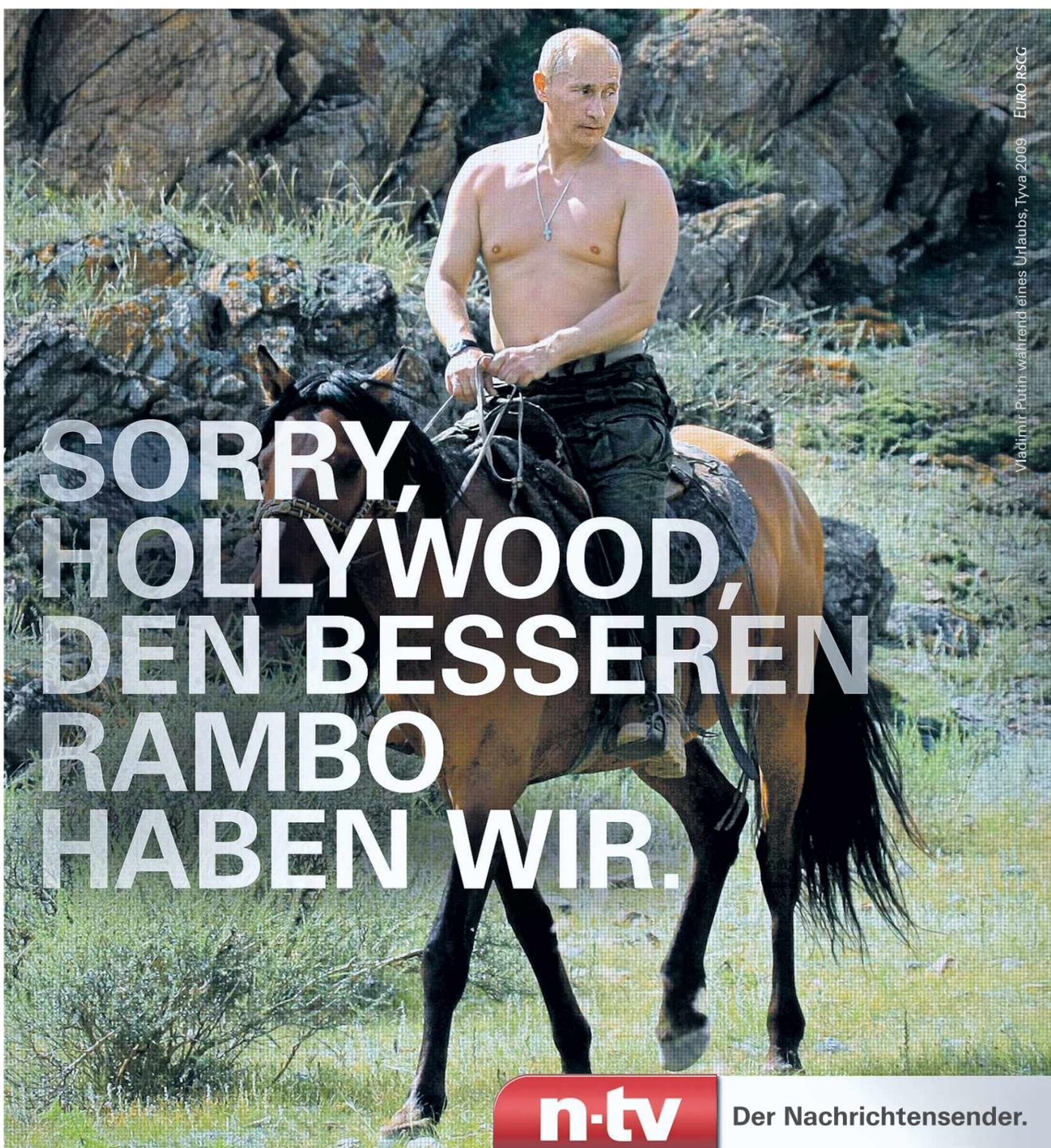
Die Mahnung der Pariser Organisation kommt nicht von ungefähr. Die Regierung rückt immer weiter von bisherigen Sparzielen ab. Noch im Mai hatte Finanzminister Ali Babacan die Werbetrommel für eine gesetzliche Schuldenbremse gerührt, die mittelfristig die Bonität türkischer Staatspapiere auf den Finanzmärkten verbessern sollte.

Doch der Plan wurde einkassiert. Die Regierung hat den Gesetzentwurf, der im Juni ins Parlament gehen sollte, auf nächstes Jahr verschoben. Für viele Analysten heißt

das: auf den Sankt-Nimmerleinstag. Skeptiker hatten die Ernsthaftigkeit des Plans bereits zuvor angezweifelt, da noch keine türkische Regierung in Wahljahren Haushaltsdisziplin gewahrt hatte. Im Gegenteil: In dem zentralistisch regierten System verteilen die Ministerien gerne Wahlgewinne quer durch alle Provinzen.

Als nächstes wird voraussichtlich im Mai oder Juni kommenden Jahres das Parlament neu gewählt, im Jahr darauf finden Regionalwahlen statt. Premierminister Tayyip Erdogan erklärte jüngst, er wolle nicht das finanzpolitische Korsett der Kreditvereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) gegen neue hausgemachte Zwänge eintauschen. Auch höhere Zinsen erwarten Analysten vorerst nicht.

Noch ufert das Defizit nicht aus. Dennoch nimmt der Inflationsdruck zu, während das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um zehn Prozent gewachsen ist. 2009 war die Wirtschaft um 4,6 Prozent geschrumpft, für das Jahr 2010 werden mehr als sechs Prozent Wachstum erwartet. Das Leistungsbilanzdefizit hat sich laut Zentralbank in den ersten sieben Monaten gegenüber 2009 verdreifacht.



SORRY, HOLLYWOOD, DEN BESSEREN RAMBO HABEN WIR.

n-tv

Der Nachrichtensender.

Nichts bewegt mehr als die Wirklichkeit – jede Stunde live und aktuell bei n-tv.

Vladimir Putin während eines Urlaubs, Tyva 2009. EURO/NSCG